Nr. 364
A 185
Morgen-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Dienstag, 4. August 1925
V

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — Literarische Umschau".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Gold mark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Hugenberg allerhöchstselbst

Durch den „Berliner Lokal-Anzeiger" und durch eine Reihe von Korrespondenzen in Druckschrift und Matern wird seit vielen Jahren das Gift der Volksverhetzung in Deutschland verspritzt. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" und diese Korrespondenzen bilden gemeinsam den sogenannten Hugenberg-Konzern. Denn der Meister „Hugenberg", der frühere Krupp-Direktor und spätere Organisator der deutschnationalen Pressepropaganda, lenkt hinter den Kulissen das ganze Preßgetriebe im „Berliner Lokal-Anzeiger" und den angegliederten Korrespondenzen. Es muß ein besonders feierlicher Anlaß vorliegen, daß der Meister den Taktstock weggelegt und allerhöchstselbst zur Feder gegriffen hat. In der Sonntagsausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers" prangt über einem Leitartikel die fette Ueberschrift: „Die große Lüge von Dr. A. Hugenberg, M. d. R."

Dr. Hugenberg knüpft an den Ausspruch eines sozialistischen Abgeordneten im Reichstag an, der gesagt haben soll, die Inflation sei ein „Werk der deutschen Wirtschaft" gewesen. Das ist in dieser Allgemeinheit natürlich eine Uebertreibung. Aber die Inflation in Deutschland ist zweifellos ein Werk gewisser deutscher Wirtschaftler, zu denen insbesondere Dr. Hugenberg und die ihm nahestehenden schwerindustriellen Kreise gehören. Sie haben die Inflation bewußt gefördert. Sie haben sich auf Kosten der großen Mehrheit des verarmten deutschen Mittelstandes bereichert. Dr. Hugenberg hat die Mittel, um den ganzen Hugenbergschen Preßapparat kaufen und erhalten zu können, von denjenigen Kreisen erhalten, die an der Inflation verdient und sich jahrelang ganz bewußt allen Bestrebungen widersetzt haben, das deutsche Geldwesen wieder in eine ordnungsmäßige Verfassung zu bringen.

Die Erkenntnis dieser Tatsache dringt heute bereits in immer weitere Kreise. Und die Furcht vor den Folgen dieser Erkenntnis ist es auch, die Dr. Hugenberg dazu veranlaßt hat, im Zentralorgan des Hugenbergschen Pressepropaganda-Konzerns selbst das Wort zu nehmen. Dr. Hugenberg schreibt, die deutsche Wirtschaft „gleiche heute einem großen Sieb, durch dessen Löcher in Form der Betriebsverluste der Rest des deutschen Betriebskapitals allmählich verschwindet." Aber Dr. Hugenberg verschweigt den Lesern des „Berliner Lokal-Anzeigers" warum das so ist. Die Betriebe der deutschen Wirtschaft haben nämlich den größten Teil ihres früheren Kapitals durch die Tätigkeit der Freunde des Dr. Hugenberg in der Inflationszeit eingebüßt. Die mittleren und kleinen Betriebe der deutschen Industrie und selbst sehr große Betriebe der verarbeitenden Industrie haben ihr Geld als Tribut an die Inflationsgewinner zahlen müssen. Deshalb fehlen die Mittel, um die deutsche Industrie rationell auszubauen. Und deshalb ist die deutsche Wirtschaft ein Sieb. Aber die Löcher im Boden der deutschen Wirtschaft, die ihr den Siebcharakter verleihen, verdankt die deutsche Wirtschaft der Tätigkeit der Freunde des Dr. Hugenberg.

Dr. Hugenberg erklärt, die deutschen Betriebe müßten wieder rentabel gemacht werden, das ginge aber nicht ohne Zollschutz und Steuerabbau. Der Zollschutz wird die deutsche Wirtschaft nicht rentabel machen. Er wird vielmehr die Sieblöcher der deutschen Wirtschaft nur vermehren. Die Freunde des Dr. Hugenberg haben in der Inflation am deutschen Volk verdient. Sie wollen jetzt mit dem Zollschutz an deutschen Volk verdienen. Am deutschen Volk und vor allem an der deutschen Wirtschaft, deren Unternehmer in der großen Mehrzahl den Zollschutz ablehnen, es sich aber nicht zu sagen getrauen, weil sie vor den Hugenbergschen Pressegiftspritzen Angst haben. Wenn ein Unternehmer, der irgendwie in geschäftlicher Beziehung zur Schwerindustrie steht, es wagt, gegen die Zölle zu agitieren, so riskiert er außerdem auch noch, die Bestellungen der Schwerindustrie nicht mehr zu bekommen.

Geradezu grotesk aber wirkt es, wenn Dr. Hugenberg zur Gesundung der deutschen Betriebe den Steuerabbau vorschlägt. Die Oppositionsparteien haben bei der augenblicklichen Beratung der Steuergesetze immer wieder darauf hingewiesen, daß die jetzt vorgeschlagenen Steuern die Konsumkraft der breiten Massen des deutschen Volkes vernichten und die Produktivkraft der deutschen Wirtschaft erdrosseln. Gerade die eifrigsten Freunde des Dr. Hugenberg haben nicht nur diese Steuern gebilligt, sondern sie regen alles daran, die Opposition in der Bekämpfung der Steuervorlagen mundtot zu machen. Der Staat zieht unter Zustimmung der Freunde des Dr. Hugenberg Milliarden zu viel aus der deutschen Wirtschaft in Form zu hoher Steuern. Aus den Ueberschüssen, die bei der Realisierung des Etats für 1924 auf Kosten aller deutschen Steuerzahler, namentlich der Mehrzahl der deutschen Unternehmer, gemacht worden sind, wurden Hunderte von Millionen für Ruhrentschädigungen an die Freunde des Dr. Hugenberg verteilt. Ein großer Teil der mittleren Ruhrindustrie, namentlich aber viele kleine Ruhrindustrielle, haben unzulängliche und teilweise überhaupt noch keine Entschädigungen erhalten. Die jetzt beschlossenen hohen Steuern müssen Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern und Betriebsnot bei den deutschen Unternehmern hervorrufen. Alles Schreibwerk des Dr. Hugenberg wird nichts nützen, um den Blick der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Unternehmerschaft von den wirklich Schuldigen abzulenken. Daß diese Schuldigen diese Erkenntnis fürchten, dafür ist es ein beredtes Zeichen, daß der große Hugenberg selbst zur Feder gegriffen hat.

Bhd.

Severing an die Optanten

Neue Maßnahmen der Preußischen Regierung

Der preußische Minister des Innern Severing, der von Schneidemühl nach Berlin zurückgekehrt ist, läßt durch einen Anschlag im Lager Schneidemühl folgendes bekanntgeben:

1. Es wird von der Preußischen Regierung alles daran gesetzt, um einmal den Abtransport eines erheblichen Teils der Optanten in die einzelnen preußischen Regierungsbezirke stark zu beschleunigen und sodann für die im Lager Zurückbleibenden weitgehende Erleichterungen ihrer schwierigen Lage zu schaffen.

Zu diesem Zweck gehen noch am Dienstag, 4. August, an die preußischen Regierungspräsidenten eilige dienstliche Anweisungen des Ministeriums des Innern heraus, sofort alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die ihnen zugewiesene Zahl der Optanten in ihrem Regierungsbezirk beruflich unterzubringen und mit Wohnung zu versorgen. Wo dies über den Rahmen der bereits erreichten Optantenwohnungen hinaus noch notwendig ist, werden die benötigten Mittel zur weiteren Unterbringung für Optanten von der Staatsregierung sofort zur Verfügung gestellt. **Voraussichtlich werden auf diese Weise noch in dieser Woche 1500 bis 2000 Optanten in die einzelnen Regierungsbezirke verteilt werden, so daß eine erhebliche Entlastung des Lagers Schneidemühl eintritt.**

2. Bei den Abtransporten in die Regierungsbezirke werden vor allem die Angehörigen der Berufe zuerst berücksichtigt werden, bei denen anzunehmen ist, daß bei der für sie ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes (freie Berufe, Bankbeamte, kaufmännische Angestellte) Anforderungen an den zentralen Arbeitsnachweis im Lager Schneidemühl nicht einlaufen werden. Für die Angehörigen der übrigen Berufe, wie Landarbeiter, Handwerker usw., wird nach wie vor die zentrale Arbeitsvermittlung, durch die auch schon **am Montag, den 3. August wieder 200 Personen mit Arbeit versorgt und abtransportiert werden konnten,** sich einsetzen. **Im ganzen wurden bis jetzt schon Optanten mit einem Familienstand von 5000 Personen beruflich untergebracht.**

3. Für die vorläufig im Lager Zurückbleibenden sind die folgenden Maßnahmen vorgesehen, die alle mit größter Beschleunigung in Kraft treten werden, und für deren Durchführung die Preußische Staatsregierung keine finanziellen Opfer und keine Mühe scheuen wird:

a) **Es werden in ausreichender Anzahl Bettgestelle fertiggestellt und die Zahl der bereits vorhandenen Familien-Kojen bedeutend vermehrt. Für die Betten stehen auch die aus Berlin bereits angeforderten 9000 Decken zur Verfügung.**
b) **Für Wöchnerinnen und Kranke werden die Wöchnerinnenheime und Krankenhäuser sowie sonstige sanitären Einrichtungen nicht nur Schneidemühl, sondern auch der benachbarten Landkreise zur Verfügung gestellt. Sollte die Zahl der Aerzte nicht ausreichen, so werden Aerzte der Schutzpolizei zur Dienstleistung nach dem Schneidemühler Lager kommandiert.**
c) **Die Feuerlöschvorrichtungen des Lagers werden vervollkommnet.**
d) **Es wird ein Kinderheim mit einer ausreichenden Zahl von Plätzen für die Kinder der Optantenfamilien errichtet.**
e) **Der Jugend und den sportlustigen Männern im Lager werden sich die sportgewandten Beamten der Schutzpolizei zur Verfügung stellen, um durch Sport und Spiel den Insassen des Lagers über die erzwungene Untätigkeit hinwegzuhelfen.**
f) **Die im Lager befindliche Wellblechbaracke wird zu einem Unterhaltungs- und Lesesaal umgewandelt.**
g) **Es wird im Lager eine Beratungsstelle eingerichtet, die den Optanten unentgeltlich in allen Rechts-, Wohnungs- und Berufsfragen sachkundige Auskunft geben soll. Die Beratungsstelle wird mit juristisch geschulten Männern besetzt, die auch insbesondere genau mit den polnischen Verhältnissen vertraut sind.**

Ich habe die Ueberzeugung, nicht zuletzt auf Grund meiner überaus günstigen Eindrücke von den Menschen und der Stimmung im Lager Schneidemühl, daß durch ein Zusammenwirken all dieser in Angriff genommenen und sehr, bald durchgeführten Maßnahmen sowohl ein erheblicher Teil der Optanten schnell innerhalb der verschiedenen Teile des Landes wieder in geordnete berufliche und Wohnungsverhältnisse übergeführt werden wird, als auch noch die vorläufig im Lager Bleibenden das schwere Los ihrer Auswesung dort nach Möglichkeit gelindert fühlen werden.

Berlin, den 3. August 1925.

(gez.) Severing, Minister des Innern.

(Siehe auch erste Beilage.)

Durchpeitschung der Zollvorlage

Reichskanzler Dr. Luther hatte für gestern abend die Führer der in der Regierung vertretenen Parteien zu sich gebeten, um mit ihnen über die parlamentarische Durchbringung des Zollgesetzes zu sprechen. Es handelte sich dabei nicht lediglich um die Erörterung der parlamentarisch-technischen Frage, wann mit der Beratung der Zollvorlage begonnen und wann sie beendet werden könnte, sondern auch um die weit wichtigere politische Frage, wie die Mehrheit für das Zollkompromiß einwandfrei gesichert werden könnte. Forderungen, die das Zentrum über das abgeschlossene Kompromiß hinaus noch erhebt, spielen dabei eine bedeutsame Rolle.

Das Zentrum hat vor einigen Wochen jenem Zollkompromiß zugestimmt, das in der Form von sechs Anträgen im Handelspolitischen Ausschuß von den Mehrheitsparteien vertreten und angenommen worden ist. In diesem Kompromiß wurde vorgesehen, daß die Minimalzölle für Getreide in der Höhe von 3 Mark bzw. 3,50 Mark bis zum 31. März 1926 verschwinden sollen. Dieser Erfolg ist allerdings dadurch illusorisch gemacht worden, daß sich die Mehrheitsparteien unter einander verpflichtet haben, keinem Handelsvertrag zuzustimmen, in dem unter den Minimalzoll von 3 bis 3,50 Mark hinuntergegangen werden sollte. Dagegen sind Minimalzölle für Vieh und Fleisch bewilligt worden, allerdings mit der Bestimmung, daß für Gefrierfleisch, soweit es für die Versorgung der materiell schlechter gestellten Bevölkerung bestimmt ist, Zollfreiheit gewährt wird. Die Vertreter der Gewerkschaften, also der Konsumenten, im Zentrum haben diese Vereinbarungen als unzureichend bekämpft. Es ist aber dem Abgeordneten Stegerwald, der politisch auf den Zusammenhalt der gegenwärtigen Mehrheitsparteien entscheidenden Wert legte, gelungen, das Zollkompromiß im Zentrum durchzusetzen, obwohl es im starken Widerspruch stand zu jenen Leitsätzen, die in Köln auf der Tagung der christlichen Gewerkschaften aufgestellt worden sind. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß **aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften sich scharfer Widerspruch gegen die Haltung der Zentrumsfraktion** geltend machte. Er ist nicht ohne Eindruck geblieben.

Die Bemühungen des Zentrums gehen nun dahin, Verbesserungen an dem Kompromiß zu erreichen. Brot und Fleisch sollen um ein geringes dadurch verbilligt werden, daß man sie von der Umsatzsteuer völlig freiläßt. Dieser Vorschlag steht gegenwärtig zur Diskussion. Die Regierung vermag sich mit ihm nicht zu befreunden, und es ist möglich, daß sie es vorzieht, bei der dritten Beratung der Steuergesetze die allge-